

Kulturkampf: Wie Theatermacher der Schere im Kopf begegnen

Die Szene spielt in Rottweil, einer konservativen Stadt tief im deutschen Südwesten: Seit vier Monaten wartet die Familie des Schauspielers und Regisseurs Wolfram auf ein Lebenszeichen von ihm. Er wird vermisst. Einiges spricht dafür, dass er nicht mehr lebt. Nun kommen Freunde und Familie zusammen – und beim gemeinsamen Kochen, Reden und Erinnern entsteht eine Suppe, die bald ganz schön brodelt. Da sitzen Leute am Tisch, die verwandt sind oder einander seit Ewigkeiten kennen und auch irgendwie mögen. Doch schnell spüren die Zuschauer: Irgendetwas ist in dieser scheinfriedlichen Gesellschaft ins Rutschen gekommen. Über Kartoffeln und Frühlingszwiebeln gebeugt, mit Messern in der Hand, redet die Runde sich in Rage – über die Weltlage, über Identitätsfragen und die Sehnsucht nach einfachen Lösungen, wie sie die Populisten in den Ring werfen. Es wird schrill.

In der Wirklichkeit ist das kein Problem – zumindest noch nicht. Denn die Runde sitzt in keinem Wohnzimmer, sondern auf der Bühne des kleinen Zimmertheaters in Rottweil. *Wenn der Kahn nach links kippt, setze ich mich nach rechts* heißt die Komödie, die im Oktober 2017 im ersten Stock des Hauses am Rottweiler Friedrichsplatz Premiere feiert.

Kurz zuvor ist die AfD in den Bundestag gewählt worden. Das Stück der Rottweiler beschäftigt sich damit, wie sich rechtspopulistische Aussagen in die Mitte der Gesellschaft vorarbeiten. Und natürlich geht es um die AfD, die in ein Parlament nach dem anderen einzieht. Wenn der unterge-

tauchte Wolfram undercover als Rhetorikcoach die Spitzenpolitiker der Partei unterstützt, dann lacht das Publikum. Ein Lachen, das einem auch im Halse steckenbleiben kann, wie der Kritiker der *Neuen Rottweiler Zeitung* nach der Premiere notiert. Auf jeden Fall erfreut sich das Stück während der Spielzeit einer ziemlichen Anziehungskraft. Die Stadtgesellschaft ist neugierig. Aber mehr ist es auch nicht. Dass man sich kritisch mit politischen Akteuren auseinandersetzt, gehört zum Grundkonsens der Bundesrepublik. Die Freiheit der Kunst zählt zu den tragenden Säulen dieser Republik. Von einem Skandal ist das Theaterstück meilenweit entfernt. Noch.

Drei Jahre später sitzt das Intendantenpaar des Rottweiler Zimmertheaters, Peter Staatsmann und Bettina Schültke, im Biergarten in Rottweil. Die beiden Theaterleute erinnern sich, wie sie damals anfangen, zur AfD zu recherchieren – und zu deren Vorstellungen, wie Deutschland aussehen müsste. »Zwei Stunden hab ich mit Wolfgang Gedeon geredet und mir angehört, wie der sich sein Weltbild zusammenbaut«, sagt Staatsmann.

Die Unterhaltung, die er mit Gedeon führt, findet 2016 statt, im Rahmen des Parlamentarischen Abends des Bühnenvereins in Stuttgart, kurz nach dem Einzug der AfD in den Landtag von Baden-Württemberg. Erstmals sind auch Abgeordnete der AfD zu dieser Veranstaltung eingeladen. Manche Theaterleute verlassen demonstrativ den Raum. Staatsmann bleibt, er ist einfach neugierig geworden.

Der Abend fixt den Theatermann an – gemeinsam mit Dramaturgin Schültke und den Schauspielern vertieft er sich in Videos von Auftritten und Aussagen der AfD. »Das war zum Teil zunächst amüsant. Jedenfalls Stoff für ein Theater-

stück.« Zum ersten Mal kommt Staatsmann mit den Thesen des ehemaligen Sloterdijk-Mitarbeiters und heutigen kulturpolitischen Sprechers der AfD-Fraktion, Marc Jongen, und dessen Thymos-Theorie in Berührung. Deutschland mangle es an Thymos-Spannung, so der Philosoph – er meint damit Stolz, Zorn, vor allem bei Männern. Sehr grob gesagt sieht Jongen die Deutschen hier als schwach im Vergleich zu orientalischen, »thymoterischen« Kulturen – und deshalb die Heimat in Gefahr.

Staatsmann und Schültke kommen zu dem Schluss, eine Komödie sei die geeignete Form, um das zu greifen, was sie hier wahrnehmen: Sie stellen ihre Spielzeit unter das Motto »Die Guten und das Böse«. In einem Interview mit der *Neuen Rottweiler Zeitung* beschreibt der Theatermacher, was ihn umtreibt: »Wir wollen eine der derzeit zentralen Problemlagen aufgreifen: Dass viele das Gefühl haben, es müsse sich etwas ändern, und sich mit im Grunde guten Absichten paradoxerweise einer politischen Kraft zuwenden, die letztlich autoritär ausgerichtet ist und unser demokratisches Gemeinwesen untergräbt.« Es geht ihm nicht allein um die AfD, sondern grundsätzlich um die Neigung, die Welt scheren-schnittartig zu sortieren. Eine Komödie sei dafür besonders geeignet, denn: »Die AfD gibt auf jeden Fall jede Menge Komödienstoff ab – Zerstrittenheit, Widersprüche, bizarrer Unterhaltungswert –, wie Björn Höckes Rede zur Fortpflanzungsstrategie der Europäer und Afrikaner.«

Je mehr das Ensemble sich in das Thema vertieft, desto mehr weicht die Erheiterung allerdings dem Schrecken. Die Theatermacher schauen sich Videos von Reden und Demonstrationen an, immer wieder auch von Björn Höcke. »Bei uns sind sogar Leute krank geworden, weil es uns so mitgenom-

men hat«, sagt Staatsmann. Kurz vor der Bundestagswahl besuchen Schültke, einige Schauspieler und Staatsmann eine AfD-Wahlkampfveranstaltung in Rottweil. »Wir waren wirklich geschockt«, erinnert sich Schültke.

Als sie die Halle betreten habe, habe sie ein Meer von Männern erblickt – »vielleicht 20 von 300 Zuhörern waren weiblich.« Staatsmann fühlt sich an eine Parteitage-regie erinnert, »eine Art der Anstachelung, einschließlich der Benennung von Schuldigen«. Und ihm fällt auf, wie enthusiastisch das Publikum ist. »Die Zuhörer wurden gekonnt aufgepeitscht.« Spätestens da seien bei ihm die Alarmglocken angesprungen.

Kurz darauf spielt das Zimmertheater vor gut besuchtem Haus. Eine Spielzeit lang steht das Ensemble mit dem Stück auf der Bühne, ohne dass sich ein Skandal entfaltet. Im Sommer 2018 ist es zum letzten Mal zu sehen. Für die Theaterleute ist die Inszenierung damit Geschichte. Doch ein Jahr später erreicht sie eine ganz andere politische Fallhöhe.

Ende August 2019 thematisiert auf einmal die AfD-Fraktion im Landtag das Rottweiler Theater: Sie findet, ein Haus, das mit Landesmitteln gefördert wird, darf kein Stück auf-führen, das sich gegen eine Partei richtet. Die Fraktion wirft der Landesregierung vor, die Neutralitätspflicht verletzt zu haben.

In einem Antrag will die Fraktion unter anderem wissen, wie das Theater und speziell dieses Stück gefördert wird und »wer die Genehmigung erteilt hat, das aus Sicht der Antragsteller politisch einseitig gegen eine Oppositionspartei gerichtete Stück (...) mit projektbezogenen Mitteln zu finanzieren.« Auch »ob, und wenn ja, welche weiteren »Anti-AfD«-

Stücke seit 2013 in den Theatern des Landes gefördert werden«, will die Fraktion wissen.

Die Argumentation: Das Theaterstück positioniere sich eindeutig gegen eine als AfD erkennbare Oppositionspartei. In der Antragsbegründung beruft sich die Fraktion auf das Grundgesetz – in Artikel 20 Absatz 2 seien Staatsorgane zu parteipolitischer Neutralität verpflichtet. »Die einseitige Förderung von Veranstaltungen gegen eine Partei, wie sie ganz klar in Rottweil geschehen ist, widerspricht der Neutralitätspflicht der Staatsorgane.«

Die Antwort des Stuttgarter Kunstministeriums fällt eindeutig aus. Neben den konkreten Zahlen zur Förderung – darunter 28 000 Euro aus dem Innovationsfonds Kunst, vergeben von einer Fachjury – antwortet das Ministerium mit einer knappen, aber grundsätzlichen Erklärung: »Eine Zensur künstlerischer Projekte findet nicht statt. Es werden auch keine Listen über Inhalte und Aussagen von Stücken und deren Inszenierungen geführt.«

Die Ministerin Theresia Bauer begründet dies ebenfalls mit dem Grundgesetz, das in Artikel 5 Absatz 3 die Kunstfreiheit garantiert. Sowohl privatrechtlich organisierte wie auch staatliche Kultureinrichtungen hätten das Recht, sich künstlerisch mit gesellschaftspolitisch relevanten Themen auseinanderzusetzen. »Dies betrifft auch die künstlerische Auseinandersetzung mit Parteien oder dem politischen Willensbildungsprozess.«

Der Trick mit der Neutralitätspflicht ist zu diesem Zeitpunkt für die AfD schon länger eine wichtige und inzwischen flächendeckend genutzte Methode, um Druck auf die Zivilgesellschaft auszuüben. Indem sie sich auf das staatliche Neutralitätsgebot beruft, versucht die Partei einerseits, kri-

tische Stimmen einzuschüchtern oder zu unterbinden. Andererseits ist es ihr Ziel, inhaltliche Kritik an beispielsweise rassistischen oder revisionistischen AfD-Äußerungen als undemokratisch oder politisch gelenkt zu diskreditieren. Damit richtet sie sich gegen Vereine, gegen kleine Institutionen und manchmal auch gegen Staatsorgane, die an dieser Stelle tatsächlich eine Gratwanderung unternehmen – und manchmal auch mit Recht kritisiert werden.

So klagte die Partei gegen Bundesinnenminister Horst Seehofer, der in einem Interview das Verhalten der AfD-Bundestagsfraktion als »staatszersetzend« und »schäbig« bezeichnet hatte. Das Interview wurde auch auf der Seite des Ministeriums veröffentlicht. Das Bundesverfassungsgericht stellte daraufhin klar, dass Mitglieder der Bundesregierung die AfD zwar kritisieren dürfen, aber nur als Parteipolitiker, nicht als Minister. Demnach war es zwar rechtens, dass sich Seehofer in dieser Form über die AfD äußerte. Mit der Veröffentlichung auf der Ministeriumsseite hatte er allerdings tatsächlich gegen das Neutralitätsgebot verstoßen.

Die AfD versucht aber, das Neutralitätsgebot noch auf viele andere Bereiche zu übertragen. So wollte sie in mehreren Bundesländern Meldeplattformen gegen Lehrerinnen und Lehrer etablieren, die sich ihrer Ansicht nach nicht neutral verhalten. Sie begründete das damit, dass sie immer wieder Hinweise auf »plumpes AfD-Bashing« im Unterricht bekomme. Die Lehrgewerkschaft GEW erklärte daraufhin: »Die AfD argumentiert mit dem Neutralitätsgebot, das sich aus dem für Lehrerinnen und Lehrer geltenden sogenannten ›Beutelsbacher Konsens‹ ableitet. Das Neutralitätsgebot darf jedoch nicht mit Wertneutralität verwechselt werden. Schule hat den klaren Auftrag, Schülerinnen und Schülern

die freiheitlichen und demokratischen Grund- und Menschenrechte zu vermitteln.« Viele Lehrer waren trotzdem verunsichert.

Gerade in der Kultur und in der freien Szene mit ihren vielen kleinen, von staatlicher Förderung abhängigen Akteuren hat der Angriff über die Neutralitätspflicht eine besondere Bedeutung. Es geht der AfD einerseits auch hier darum, Institutionen als ideologische Handlanger des politischen Gegners zu delegitimieren. Die Partei versucht dabei aber zudem, eine Debatte über Nutzen und Ausrichtung von Kunst zu entfachen und darüber, missliebigen Einrichtungen den Geldhahn zuzudrehen. Eine der Folgen wäre die Schwächung der freien Kulturszene, die es einfacher machen würde, selbst die kulturelle Hegemonie zu erreichen.

Dass die AfD dabei mit der Neutralitätspflicht argumentiert, mutet – auf den ersten Blick – etwas ironisch an, wenn man den Kulturbegriff der Partei betrachtet. Denn die AfD begreift die Kultur auch als Instrument des Staates. In ihrem Grundsatzprogramm spricht sie sich diesbezüglich dezidiert gegen Freiheit aus: »Kultur ist außerdem die zentrale Klammer, in der sich auch ein neues Politikverständnis sehen muss. Unser aller Identität ist vorrangig kulturell determiniert. Sie kann nicht dem freien Spiel der Kräfte ausgesetzt werden. Vielmehr soll ein Bewusstsein gestärkt werden, welches kulturelle Verbundenheit wahrnimmt, fördert und schützt.«

Der Partei schweben klare ideologische Vorgaben vor: Es soll eine Art deutsche Nationalkultur geben. Die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur müsse selbstbewusst verteidigt werden gegen eine »Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde

Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert«.

Wie die AfD auf politische Theatermacher reagiert, lässt sich schon früh in der Hauptstadt beobachten. Dort ereignet sich kurz nach der Bundestagswahl – praktisch zeitgleich mit der unangefochtenen Premiere in Rottweil – ein besonders drastisches Beispiel für den Druck aus dem parlamentarischen Raum. In den Haushaltsverhandlungen im Berliner Abgeordnetenhaus beantragt die Partei, dem Maxim Gorki Theater, dem Friedrichstadt-Palast und dem Deutschen Theater die Mittel zu kürzen. Begründung: Es handele sich um Gesinnungspropaganda.

Zuvor hat eine Mail des Intendanten am Friedrichstadt-Palast, Bernd Schmidt, an seine Mitarbeiter für Aufsehen gesorgt. Schmidt ist entsetzt über das Wahlergebnis und die großen Erfolge der AfD im Osten und zieht für sich den Rückschluss, dass der Palast als Kulturinstitution im Osten eine besondere Verantwortung trage. »Wer AfD wählte, wusste, dass er auch Nazis in den Bundestag wählt«, schreibt er. Er berichtet von Ensemblemitgliedern, die wegen ihres nicht deutschen Aussehens angefeindet würden. Schmidt kündigt an, sich »noch deutlicher als bisher von 20 oder 25 Prozent unserer potenziellen Kunden im Osten« abgrenzen zu wollen, »und von Hohlköpfen mit Migrationshintergrund selbstverständlich auch. Ich will all deren Geld nicht«. Die Mail wird öffentlich und als »Ausladung an AfD-Wähler« interpretiert. In den sozialen Netzwerken tobt der Zorn. An einem Samstagnachmittag muss der Friedrichstadt-Palast wegen einer Bombendrohung geräumt werden.

Im Kulturausschuss erklärt daraufhin am 9. Oktober 2017 der AfD-Abgeordnete Dieter Neuendorf, er wolle über die

»Politisierung des Kulturbetriebes sprechen«. Er wirft zunächst dem Gorki Theater vor, es habe sich unter der Intendantin Shermin Langhoff »zunehmend auf politischen Kulturkampf und Gesinnungstheater« reduziert. Die AfD sei dagegen, dass Theater, die staatliche Fördermittel erhielten, »nur die Klientel der Regierungsparteien bedienen«. Zwar stünden auch Theater, die gezielt politisch agierten, unter dem Schutz der Kunstfreiheit. Sie verlören aber aus Sicht seiner Fraktion »die Legitimität«, umfassend aus Steuergeldern finanziert zu werden.

Zum Friedrichstadt-Palast sagt Neuendorf: »Antidemokraten halten die Prinzipien der Demokratie nur so lange hoch, wie ihnen die Resultate gefallen.« Andersdenkende aus dem Diskurs ausgrenzen zu wollen, offenbare einen zutiefst undemokratischen Geist. Als Konsequenz fordert Neuendorf unumwunden eine Art Geldstrafe – einen »qualifizierten Sperrvermerk« in Höhe von 12,6 Prozent der Mittel für die Jahre 2018 und 2019. Damit wolle »die AfD dem Intendanten Zeit geben, sein Demokratieverständnis zu überdenken«. Die Provokation bleibt ohne Konsequenzen.

Einen erheblich gewachsenen Beratungsbedarf bei den betroffenen Institutionen registriert die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR). Die Extremismusexperten benennen in einer Broschüre eine wichtige Entwicklung: Eine Wurzel, wenn nicht der Ursprung des modernen Kulturbetriebes sei der Freiraum, den die Einrichtungen sich selbst gegen Widerstände geschaffen hätten. Heutzutage würden diese mühsam errungenen Freiräume – geistig, räumlich, materiell – häufig für selbstverständlich gehalten, obwohl sie »schnell auch wieder verschwinden« könnten. Im Klartext: Die Kultureinrichtungen leben meist ohne ideolo-

gische Widerstände, sodass sie auf Angriffe dieser Art nicht gefasst sind. Mögen sie in ihrem Selbstverständnis auch gegen eine Macht anspielen – streitig macht ihnen ihre Position bisher konkret niemand. »Das stellt Kultureinrichtungen recht plötzlich und unerwartet vor die Herausforderung, das Selbstverständnis als Kulturschaffende und der eigenen Institution klären und sich positionieren zu müssen.«

In der Broschüre schildert die MBR die Folgen, wenn Kultureinrichtungen von der plötzlichen Klimaverschärfung überrascht sind und keine eigene Strategie haben: Dann geben sie nach. Ein Beispiel dafür ist die kurzfristige Absage eines für November 2018 geplanten Konzerts der Punkrock-Band Feine Sahne Fischfilet im Bauhaus in Dessau. Die AfD hat, wie bereits beschrieben, die Band als linkes Feindbild markiert. Die Partei kritisiert das geplante Konzert in Dessau, rechtsextreme Gruppen mobilisieren gegen die Veranstaltung. Daraufhin sagt das Bauhaus das Konzert ab – mit der Begründung, das Bauhaus sei ein unpolitischer Ort und politisch extreme Positionen, ob von rechts oder von links oder andere, fänden hier keine Plattform.

Eine Entscheidung mit Folgen: In einem offenen Brief protestieren Kulturschaffende und Architekten. In einem Interview mit der *Zeit* bedauert und reflektiert die Stiftungsdirektorin Claudia Perren später den Vorgang. Es sei nie ihr Anliegen gewesen, die Freiheit der Kunst einzuschränken, erklärt sie. Auf die Frage, was sie aus dem Fall über den Umgang mit Rechtsextremen gelernt habe, sagt sie: »Wir müssen Position beziehen, wir müssen uns zeigen.«

Zurück ins beschauliche Rottweil. Die Dramaturgin Bettina Schültke findet den AfD-Antrag, in dem ihrem Theater die Verletzung der Neutralitätspflicht vorgeworfen wird, zu-

nächst eher abstrus. Als sie den Text liest, hat sie das Gefühl, dass die AfD nicht einmal das Plakat zum Stück verstanden hat. »Ich habe das zuerst gar nicht so ernst genommen«, sagt sie.

Der Fall ist allerdings mit der Antwort des Kunstministeriums nicht erledigt. In Rottweil und auch im Landtag schlägt er weiter Wellen. AfD-Vizefraktionschef Sänze legt nach. In einer Pressemitteilung kündigt er an, den »Skandal« weiter zu untersuchen. Und er verschärft den Ton. Zwar sehe er die Kritik an allen Parteien von der Kunstfreiheit gedeckt, schreibt Sänze. Aber die Kunst dürfe nicht an den Interessen der Bevölkerung vorbeigieren. Er schreibt, »persönlich motivierte Rachefeldzüge (...) gegen den deutschen Konservatismus« dürften keine Grundlage für staatliche Förderung sein. Der Staat sei nicht dafür da, »Kunstschaffende auf Lebenszeit zu alimentieren«. Häufig seien dies Persönlichkeiten, »die selbst nichts schaffen und niemals aus dem Schatten der eigenen Unfähigkeit heraustreten können«.

In der Stadt Rottweil zeigt sich, wie angesichts dieser Attacke die demokratischen Parteien zusammenrücken: Der FDP-Landtagsabgeordnete Daniel Karrais, der auch Stadtrat in Rottweil ist, schreibt, das Vorgehen zeige die »totalitäre und autoritäre Weltanschauung der AfD«. Im Gemeinderat kritisieren auch Grüne und SPD einen »Angriff auf die künstlerische Freiheit«. Wenig später gibt der Oberbürgermeister Ralf Broß eine glasklare Erklärung ab: Er lobt das Theater als wichtige Kultureinrichtung, für die sich auch die kommunale Förderung nicht an der politischen Ausrichtung der Stücke bemesse. Öffentliche Förderungen im Kulturbereich seien notwendig, um lebendiges Theater möglich zu machen. Sänzes Anschuldigungen nennt er »haltlos« und »in ihrer Wort-

wahl beleidigend«. Rottweil sei »stolz, ein professionelles Theater zu haben, das ein ganz wesentlicher Bestandteil unserer kulturellen Identität ist«.

Das klingt, als funktionierten die Reflexe der freiheitlichen Demokratie. Aber Bettina Schültke und Peter Staatsmann sehen noch eine andere Entwicklung – und die bereitet ihnen Sorge. »Wir haben genau gespürt, dass wir zum Ziel werden«, sagt Schültke. »Wir haben etwas Angst bekommen, weil zu merken war: Sie versuchen uns, beim Schopf zu packen.«

Staatsmann sagt: »Es geht darum, einzelne Leute in der Kultur zur Zielscheibe zu machen.« Die beiden beobachten, dass in der sehr bürgerlichen Rottweiler Stadtgesellschaft das Prinzip vom Dreckwerfen funktioniert: Irgendetwas von der inszenierten Debatte bleibt hängen. »Selbst Freunde haben gesagt: Wenn die sich so im Landtag aufregen, dann müsst ihr vielleicht doch etwas gemacht haben, was nicht ganz in Ordnung ist«, erzählt Schültke. Sie registriert eine Art von Vernebelungseffekt: »Was die AfD streut, landet später als Plattitüde vom überkritischen, komplizierten Theater irgendwo in der Mitte.«

Dieser Druck, so fürchtet Staatsmann, führe am Ende unweigerlich dazu, dass Kulturschaffende eine Art Schere im Kopf einbauen. »Es gibt da ein Einschüchterungsmoment«, sagt er. Das könne dazu führen, dass man die Klappe hält. »Wer nicht schon wieder den nächsten Konflikt will, sucht oder entwickelt vielleicht beim nächsten Mal ein weniger politisches Stück.«

Die Staatssekretärin für Kultur in Baden-Württemberg, Petra Olschowski, beobachtet ebenfalls, wie der Trick mit dem Neutralitätsgebot unter die Haut der Kulturschaffenden

kriecht. »Auch wenn klargemacht wird, dass die Kunst frei ist, so ist doch das Wort gesetzt«, sagt Olschowski. »Und dann arbeitet es. Auf einmal sagen kleinere Kultureinrichtungen besorgt: ›Wir haben da was gehört ...‹«

Die Verunsicherung ist da. Sie ist der erste Schritt.

4.

Ziel Regierungsbeteiligung: Was die AfD jetzt plant

Es gibt eine Zahl, die in der AfD seit einiger Zeit gefürchtet ist. Regelmäßig erhebt das Umfrageinstitut Insa einen Wert, der sich »negative Sonntagsfrage« nennt. Die Demoskopien wollen von den Befragten wissen, welche Partei sie auf gar keinen Fall wählen würden. Das Ergebnis, so das Umfrageinstitut, dokumentiere den »Ruf« jeder einzelnen Partei, ihren »Marktwert«. Ende Mai 2018 etwa stand die AfD bei 66 Prozent. Das heißt: 66 Prozent der Menschen in Deutschland konnten sich auf gar keinen Fall vorstellen, die Partei zu wählen. Für die Rechten ist das ein sehr schlechter Befund. Er bedeutet: Das Potenzial der AfD ist stark begrenzt.

Die »negative Sonntagsfrage« war in der Partei trotzdem lange kein größeres Thema. Man tröstete sich damit, dass ja im Umkehrschluss immer noch mehr als 30 Prozent der Wähler der AfD nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen.

Doch 2020 verschlechterten sich die Ergebnisse bei der »negativen Sonntagsfrage« weiter. Anfang 2021 lag dieser Wert dann bei 74 Prozent. Drei Viertel der Deutschen konnten sich also überhaupt nicht vorstellen, ihre Stimme der AfD zu geben. Das »maximale Potenzial« lag zu diesem Zeitpunkt bei nur 15 Prozent – das sind die Wähler, die AfD wäh-